



Betreff:
Anmietung von Büroflächen für die Landeshauptstadt

öffentlich

bezüglich
DS Nr.:

Erstellungsdatum 23.02.2023

Eingang 502:

Einreicher: Verwaltungsmanagement

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

08.03.2023 Hauptausschuss

Inhalt der Mitteilung: Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Im Zuge der Modernisierung des Campusgeländes der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist die vollständige Sanierung des Rathauses geplant. Um die nötige Baufreiheit zu schaffen und die Belastung für die Mitarbeitenden und Bürgerinnen und Bürger durch die Bauarbeiten zu reduzieren, ist dazu der Auszug aller im Rathaus befindlichen Organisationseinheiten beabsichtigt. Zusätzlich wird die Verwaltung ihr bürgernahes Angebot erweitern und verbessern.

Folgende Anmietungen sind erfolgt:

1. Zur Unterbringung der Arbeitsgruppe Bürgerservicecenter und des Fundbüros während dieser Zeit werden Büroflächen von insgesamt ca. 1.500 m² im Objekt Yorckstr. 22-24 angemietet. Die in Rede stehenden Flächen befinden sich in zentraler Lage der LHP, sind sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und im Erdgeschoss barrierefrei.

Folgende Nutzung ist geplant:

- In der Yorckstr. 22 werden im Erdgeschoss 19 Bürgerservicecenter Frontoffice- und 2 Backoffice-Arbeitsplätze und ein moderner Wartebereich und im 1. Obergeschoss 21 Backoffice-Arbeitsplätze und ein Behördenschalter sowie die Sozialräume für die Mitarbeitenden eingerichtet.
- In der Yorckstr. 24 wird im EG das Fundbüro eingerichtet.
- Zur Anmietung in diesem Objekt gehören auch Lagerflächen sowie zwei Stellplätze in der Tiefgarage zur Absicherung der Anlieferung und des Post austauschs.

Der Mietbeginn und der Einzug sind für das 4. Quartal 2023 vorgesehen. Die Mietlaufzeit beträgt 10 Jahre mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre. In dieser Zeit soll innerhalb des Gesamtprojekts CampusLHP ein neuer Standort für den Bürgerservice geschaffen werden.

Fortsetzung der Mitteilung:

1. Auf Grund der bestehenden Energiekrise soll in der Wilhelmalerie (Charlottenstraße 42/Platz der Einheit) eine zentrale Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Das Beratungsangebot des Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration an diesem Standort soll persönliche und telefonische Beratungen zum Thema Wohngeld, Sicherung von Wohnraum und Umgang mit den Auswirkungen der Energiekrise enthalten. Zur Einrichtung dieser zentralen Beratungsstelle ist die Anmietung von Flächen mit insgesamt ca. 370 m² in der Wilhelmalerie beabsichtigt.

Die Räumlichkeiten verteilen sich im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss und verfügen über moderne Büroräume, Beratungsräume und Teeküchen. Das Mietobjekt bietet Platz für ca. 17 Arbeitsplätze.

Der Mietbeginn und der Einzug sind für das 1. Quartal 2023 vorgesehen. Die Mietlaufzeit beträgt 5 Jahre.

Auf Grund der Lage, der starken Frequentierung und der hervorragenden Anbindung an den ÖPNV bietet sich die Wilhelmalerie als Standort für eine zentrale Beratungsstelle an.

3. Zur Schaffung von zusätzlichen Büroflächen für den Geschäftsbereich 3 Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit werden Flächen von insgesamt ca. 485 m² im Objekt Berliner Straße 135/ Behlertstraße 3 (Haus F) in 14467 Potsdam angemietet.

Die Räumlichkeiten verteilen sich auf das EG und das 1. OG und bieten Raum zur Einrichtung von 29 Back-Office-Arbeitsplätzen.

Der Mietbeginn ist für das 1. Quartal 2023 geplant. Die Mietlaufzeit wird mit der Laufzeit des Mietvertrages der Hauptfläche in der Behlertstraße 3a Haus M/N synchronisiert.

Das Objekt befindet sich in unmittelbarer Nähe vom Hauptsitz der FB 38 Soziales und Inklusion und 39 Wohnen, Arbeit und Integration. Die Flächenpotenziale in den bereits angemieteten Fremddimmobilien sind auch nach erfolgter Flächenoptimierung komplett erschöpft und bieten keine freien Kapazitäten, um die Arbeitsplätze für den notwendigen Personalzuwachs des Geschäftsbereichs 3 zu schaffen.

Die Anmietungen erfolgen im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgabe als Generalan- und -vermieter für die Organisationseinheiten der Landeshauptstadt durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS).